

Verlag und Redaktion: Hannover, Georgstr. 23
Tel. 20951/52.

Politik III/8

Hannover, 19. Januar 1948

Gesetze ohne Resonanz

R.B. Noch immer findet die Demokratie in Deutschland ausserordentlich geringe Anerkennung. Dies ist zweifelsohne im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass seine beauftragten staatlichen und politischen Organe nicht imstande sind, den erlassenen Gesetzen Resonanz und Geltung zu verschaffen. Das Leben des deutschen Volkes wird heute von einer Wust an Gesetzen geleitet und doch scheint das deutsche Leben das gesetzloseste dieser Zeit.

Neben siebzehn Parlamenten und Bürgerschaften erlassen vier Militärregierungen, ein Kontrollrat, mehrere Zoneninstitutionen, Zentralverwaltungen und zahlreiche Kreis- und Gemeindevorparlamente Verordnungen und Gesetze in einer solchen Unzahl, dass man zu der Annahme berechtigt sein dürfte, in ihrem Schutz führten die Deutschen das geordneteste Leben und geregeltste Leben überhaupt.

Das Gegenteil ist der Fall. Ob es sich um die Erfassung von Nahrungsmitteln, um die Entnazifizierung, um die Gleichstellung von Flüchtlingen, um die Produktion und Verteilung der Bedarfsgüter, um die Rechtsprechung, um Löhne oder Preise handelt, auf allen Gebieten werden die Bestimmungen, Verordnungen und Gesetze umgangen und nur der kleinste Teil unseres Volkes fühlt die Verpflichtung, sie zu beachten. In den Landtagen werden die Gesetze mit Eifer diskutiert, angetritten und vorabgeschickt, man hat aber den Eindruck, als verfolgten sie, für welche die Gesetze beschlossen worden, diese Vorgänge wie Szenen eines Filmes, dem zuzusehen manchmal belustigend, meistens aber langweilig ist. Mit grossem Ernst und wahrscheinlich mit der festen Überzeugung, das Besterreichbare für das Volk zu tun, werden die Gesetze formuliert, bekämpft und schliesslich rechtskräftig - aber dann geschieht nichts mehr. Zu Beginn der Ernte beschlagnahmte der Wirtschaftsrat der beiden Zonen zum Beispiel sämtliche noch im Boden befindlichen und schon geernteten Kartoffeln, es war jedoch eine überall festzustellende Tatsache, dass demnach nicht weniger Kartoffeln privat "beschafft" wurden.

Die Bemühungen der ehrlichen Demokraten und der politisch Verantwortlichen werden mehr und mehr lächerlich, wenn es nicht gelingt, der Demokratie und ihren Gesetzen die gebührende Achtung zu verschaffen. Es schadet dem Ruf der Demokratie nichts, wenn sie endlich etwas kräftiger

und nachrücklicher auftritt. Sie wird die Anerkennung des deutschen Volkes gewinnen, sobald man zu der Überzeugung gelangt, auch in einer Demokratie verstehe man es, ernst zu machen.

Es ist eine der dringendsten Forderungen unserer Tage, diejenigen Organe, die zentrale Befugnisse erhalten haben zu befähigen, sie auch mit zentralen Mitteln wirkungsvoll durchzuführen. Man sollte illusionslos genug sein, um zu erkennen, dass auch eine Verdoppelung der Mitglieder des Wirtschaftsrates kaum eine grössere Wirkung erzielen wird, wenn nicht zugleich die Exekutivorgane machtvoller ausgestaltet werden. Ebenso wird es sich darum handeln, dem Wirtschaftsrat bei seiner Neu-ildung diejenige politische Zusammensetzung zu geben, die wirklich dem Willen des Volkes entspricht.

Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist oft nur ein kleiner Schritt. Die Demokratie in Deutschland ist im Begriffe, diesen Schritt zu vollenden. Das Verlangen nach einem Wandel ist kein Ruf nach dem starken Manne, es ist aber der Ruf nach Gesetzen, die auch tatsächlich befolgt werden. Wer beobachtet hat, wie man den Willen unserer demokratischen Bestrebungen mit resignierten oder ironischen Bewegungen abtut, wird bestätigen müssen, dass man endlich unbedürftigt darangehen sollte, die Staatsgewalt so zu stärken, dass sie durch das Volk beschlossenen Gesetze auch im Volke Resonanz bekommt.

SPD verlangt "Notgesetz"

Die westdeutsche Ernährungskrise verlangt Massnahmen von einer bisher nicht gekannten Strenge, wenn in letzter Minute ein vollkommenes Chaos verhütet werden soll. Um zwei Dinge wird man dabei keinesfalls herunkommen: um eine erhebliche Steigerung der Auslandszufuhren, vor allem an Fett, und um einen rigorosen Zwang zur Erfüllung der Ablieferungsollte. Mitte dieser Woche wird die Fraktion der SPD im Wirtschaftsrat ein "Notgesetz" mit sehr drastischen Massnahmen gegen alle diejenigen einbringen, die ihrer Ablieferungsollte nicht genügen. Vor allem sollen in diesen Gesetz den kontrollierenden Organen weitergelassene Rechte und Möglichkeiten gegeben werden, als sie sie heute besitzen. Das gilt in erster Linie für die Polizei.

Wie weit die CDU als Partei, auf deren Haltung sehr viel ankommt, bereit ist, nun endlich von dem System der Ausgabe neuer Erfassungsbogen zuzugehen und durchgreifenden praktischen Massnahmen zuzustimmen bereit ist, wird sich zeigen. Die Neigung dazu scheint nicht gross zu sein, wie sich daraus ergibt, dass von dieser Seite ein Vorschlag vorliegt, an die abliefernde bäuerliche Bevölkerung wertbeständige Gutscheine auf die kommende Währung auszugeben, ein Vorschlag, der von der SPD mit Entschiedenheit abgelehnt wird.

Diese einseitige Bevorzugung wäre besonders widersinnig, weil es sich um einen Berufsstand handelt, der ungefähr als einziger die Zeit des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs nicht nur ohne nennenswerten Substanzverlust, sondern in den meisten Fällen unter erheblichen Gewinnen an Sachwerten überstanden hat, die auf dem Wege des ungesetzlichen Tausches erworben wurden. (m/1/191/2/be)

Was Frankreich von Deutschland erwartet

A.F. Paris, Mitte Januar

Im Verlauf der letzten Wochen scheint in Frankreich das Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands einer Wandlung unterworfen zu sein. Die Forderungen und Wünsche lassen sich sichtbar der Wirklichkeit an und befreien sich von politischer Leidenschaft und programmatischen Schlagworten wie "Sicherheit und Reparationen". Es ist kein Zufall, dass nach dem Scheitern der Londoner Konferenz die in Industrie- und Handelskreisen recht einflussreiche Wirtschaftszeitung "Les Echos" einen sachlichen Bericht ihres Korrespondenten in London über die angelsächsische Haltung in der Reparationsfrage veröffentlicht und ganz besonders auf die schädlichen Folgen der russischen Reparationspolitik in Ostdeutschland hinweist, die zu einer Ausblutung der deutschen Wirtschaft führen muss.

In den ersten Nachkriegsjahren verfolgte die französische Deutschlandpolitik ein einziges Ziel; Wiedergutmachung der durch den hitlerischen Angriff verursachten Schäden in Frankreich. Paris forderte daher von seinen Bundesgenossen ein Höchstmass deutscher Lieferungen von Kohle, Maschinen und sonstigen Rohstoffen oder Fertigerzeugnissen. In seiner eigenen Zone bemüht sich Frankreich, die noch verfügbaren Reichtümer und Wirtschaftskräfte fast ausschliesslich in den Dienst des eigenen Wiederaufbaus zu stellen. Das hat zu einer fühlbaren Verarmung der Zone geführt, ohne Frankreich entsprechend zu bereichern.

Der Marshall-Plan entfachte in der öffentlichen Meinung Frankreichs das europäische Bewusstsein. Man erkannte nach und nach, dass ein europäischer Wiederaufbau ohne eine starke und deutsche Gesundheit undenkbar ist. Gewiss, man besteht nach wie vor auf der Forderung einer unbedingten Priorität für die alliierten Länder Europas gegenüber Deutschland, aber niemand, ausser den Kommunisten, bestreitet heute die Notwendigkeit eines deutschen Wiederaufbaus. Bezeichnender in dieser Richtung ist die offizielle Billigung einer jährlichen Stahlkapazität von 11,5 Mill.t.

Von entscheidendem Einfluss auf die französische Haltung war zweifellos die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in der französischen Zone. Bis Anfang 1947 gelang es der Besatzungsmacht, durch die fast völlige Zurückstellung des Binnenbedarfs die Zahlungsbilanz der Zone mit dem Ausland auszugleichen. Das ist jetzt nicht mehr möglich, da die Zone inzwischen bedeutend ärmer geworden ist und auf die Dauer der unentbehrliche Bedarf ihrer Einwohner nicht gänzlich vernachlässigt werden kann. Der Fehlbetrag belief sich im ersten Halbjahr 1947 auf 8 Mill. Dollar, und im zweiten Halbjahr wird er noch bedeutender sein. In der Zeit von Anfang Dezember bis Ende März 1948 muss Frankreich nach amerikanischer Berechnung mindestens 13 Mill. Dollar aus seinen Devisenreserven für die Ernährung der Zone zur Verfügung stellen. Man versteht daher in Paris jetzt besser, weshalb London und Washington auf dem beschleunigten Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bestehen.

Welche Forderungen stellt heute Frankreich an Deutschland? Die Hauptidee bleibt zunächst die Kohle. Die französische Schwerindustrie rechnet mit einer jährlichen Mindestmenge von 12 Mill. t. Ruhrkohle neben der Steinkohle. Die Pläne einer Verlegung der Stahlerzeugung aus der Ruhr nach Lothringen können als aufgegeben betrachtet werden. Dagegen scheint Frankreich noch zu hoffen, aus Deutschland bedeutende Mengen von Werkzeugmaschinen zu erhalten. Bisault hat auf der Londoner Konferenz erklärt, die in Deutschland noch vorhandenen Werkzeugmaschinen seien für eine Stahlproduktion von 11,5 Mill. t. jährlich viel zu zahlreich. Nach seinen Berechnungen beträgt der Überschuss ungefähr 500.000 Einheiten. Er ist schwer zu sagen, ob Frankreich in Zukunft auf dieser Forderung bestehen wird. In Kreisen der Industrie ist man jedenfalls nicht allzu sehr an diesen deutschen Maschinen interessiert, da sie einerseits nicht immer den gegebenen Fabriksituationen entsprechen und andererseits oft in sehr fragwürdigem Zustand beim Empfänger eintreffen.

Die Forderung nach Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion ist mehr theoretisch als praktisch. Man weiß heute in Paris, dass Deutschland nicht vor langen Jahren zu einer derartigen Leistung in der Lage sein wird. Ein normaler deutsch-französischer Warenaustausch erscheint für die nächste Zukunft wichtiger als fragwürdige Reparationsversprechen. Man bedauert in diesem Zusammenhang die währungsmäßig immer stärker werdende Bindung Deutschlands an den Dollar. (b/A18/181/c/ha)

Amerikaner Beitrag zu Hitlers Rüstung

D. Unter den Geheimdokumenten der IG Farbenindustrie, die vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg in dem Prozess gegen 24 führende Direktoren der IG herangezogen wurden, befand sich auch ein Geheimschreiben vom 6. Juni 1944 des Direktors von Krieger an die Direktoren der einzelnen IG-Werke in Leuna, Oppau, Berlin, Ludwigshafen usw.

Die Darstellungen beweisen, dass die IG-Farbenleute vertragsmäßig in den Besitz wichtiger Erkenntnisse der Standard Oil gekommen sind, die von den Amerikanern auf Grund ihrer jahrzehntelangen Praxis in der Treibstoffgewinnung gemacht worden waren. Besonders traf das für ein Spezialbenzin, das Isoktane, für Flugzeuge zu. In dem Geheimschreiben heißt es unter anderem:

"Gerade im Falle des Isoktans zeigt sich, dass wir den Amerikanern sehr viel verdanken, weil wir nur bei unseren eigenen Arbeiten weitgehend auf amerikanische Mitteilungen über das Verhalten von Treibstoffen im Motor stützen konnten. Außerdem wurden wir auch von den Amerikanern laufend über den Weitergang ihres Herstellungsverfahrens und die weiteren Entwicklung unterrichtet. Kurz vor dem Kriege wurde in Amerika ein neuer Weg zur Isoktan-Herstellung beschritten. Dieses Verfahren stammt vollständig von den Amerikanern und ist uns durch unsere Abmachungen mit diesen in seinen einzelnen Stufen genau bekannt geworden."

Das Geheimschreiben schildert dann eine "Reihe anderer wertvoller Beiträge" für die Verbesserung von Treibstoffen und Schmieröl, die zum Vorteile Deutschlands im Kriege verwendet wurden. Eines dieser Mittel war Bleitetraäthyl, von dem es heißt:

"Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, dass ohne Bleitetraäthyl die heutige Kriegführung gar nicht denkbar wäre. Dass wir bereits seit Kriegbeginn Bleitetraäthyl herstellen können, verdanken wir aber lediglich dem Umstande, dass die Amerikaner uns kurz vorher Erzeugungstätten mit sämtlichen Erfahrungen schlüsselfertig hingestellt hatten. Es ist uns also die schwierige Entwicklungsarbeit (es sei nur an die Giftigkeit des Bleitetraäthyls erinnert, die in USA viele Todesopfer forderte) erspart geblieben, weil wir die Erzeugung dieses Produktes mit sämtlichen Erfahrungen der Amerikaner ohne weiteres aufnehmen konnten. Vertraglich konnten wir das nicht verlangen, und wir haben später erfahren, dass das Kriegsdepartement in Washington erst nach langen Erwägungen die Erlaubnis erteilte.

Ganz grundsätzlich wurden wir überhaupt über das Verhalten von Schmierölen in Auto- und Flugmotoren in grosszügiger Weise unterrichtet und hatten dadurch die Möglichkeit, unsere synthetischen Schmierstoffe zu entwickeln, so dass wir mit Beginn des Krieges in technischer Beziehung vollkommen gerüstet dastanden. Hierbei erhielten wir nicht nur die eigenen Erfahrungen der Standard, sondern über sie auch die Erfahrungen der General Motors und anderer grosse amerikanischer Autofirmen."

Zum Schluss aber erfährt man, dass schon 1934/35 für 20 Millionen Dollar Fliegerbenzin und Fliegerschm. öl als Reserve für den schon damals von Hitler vorgesehenen Krieg in Amerika gekauft wurden. Der Bericht sagt dazu u.a.: "Dass es tatsächlich gelang, die von unserer Regierung gewünschten Mengen von der amerikanischen Standard Oil Company und der holländisch-englischen Royal Dutch Shell-Gruppe zu kaufen und nach Deutschland zu bringen, ist nur der Unterstützung durch die Standard Oil Company zu danken gewesen." (b/181/D/2/he)

Fast 50 v.H. aller Ruhrbetriebsräte von der SPD

Die nunmehr in voller Genugigkeit vorliegenden Ergebnisse der vor einiger Zeit stattgefundenen Betriebsräteahlen im Ruhrgebiet zeigen ein beträchtliches Ansteigen der SPD-Mandate, während die KP als einzige der kandidierenden Parteien bis auf einen Bezirk starke Verluste aufweist. Die Parteilosen verzeichnen einen relativ hohen Gewinn, leicht aufgeholt hat auch die CDU. Die SPD erzielte fast 50 v.H. aller Mandate, allein in 44 von 119 Betrieben errang sie die absolute Mehrheit.

Unterbezirk:	SPD:	KP:	CDU:	parteilos:
Dortmund	148 (132)	82 (91)	27 (33)	25 (17)
Hamm	100 (96)	30 (32)	16 (15)	4 (2)
Gelsenkirchen	78 (46)	49 (82)	52 (45)	20 (6)
Hagen	35 (22)	7 (12)	2 (—)	2 (—)
Racklinghausen	99 (51)	89 (122)	52 (19)	32 (13)
Bochum	187 (146)	146 (138)	54 (48)	41 (30)
Insgesamt westl. Westfalen	667 (493)	403 (477)	203 (160)	124 (68)

Absolute Mehrheit in den Schachtanlagen:
 SPD 44 (28) plus 26 KP 14 (25) minus 11, CDU --, parteilos 1(4) minus 3, In 60 (62) Schachtanlagen erreichte keine Partei die Mehrheit.
 (b)Bl/181/2/he

Polnische Geistliche wollten nach Westfalen

(Eigenbericht) Berlin, 19. Januar - Mit bemerkenswertem Eifer, der eine Verärgerung über durchkreuzte Pläne nicht verbergen kann, weist die polnische Presse auf die Verweigerung der Visa durch die britischen Behörden an polnische Geistliche hin, die eine Propagandafahrt zu den Westfalen-Polen unternehmen wollten. "Zycie Warszawy" schreibt hierzu u.a.: "Die Geistlichen konnten wohl deswegen nicht in das besetzte Deutschland reisen, um dort ihren Seelsorgerpflichten ihren Landsleuten gegenüber nachzukommen, weil sie nicht über so gute Beziehungen zu Kreisen der Diplomatie und des Konsularwesens verfügten, wie z.B. Mikolajczyk. Es wäre interessant festzustellen, wie die britische Öffentlichkeit darauf reagieren würde, wenn die polnischen Behörden Geistlichen der englischen Nationalkirche die Einreisevisa nach Polen verweigern würden."

Über eine Billion Dollars Kriegskosten

Die Gesamtkosten des zweiten Weltkrieges belaufen sich nach einer Schätzung des "American New Leader" auf insgesamt 1.116.000.000.000 Dollars. Die höchsten Aufwendungen entfielen auf die USA mit 330 Milliarden Dollars, dann folgen Deutschland mit 272 Mrd. Dollars, Frankreich mit 192 Mrd. Dollars und England mit 120 Mrd. Dollars. Am billigsten kam verhältnismässig noch die Sowjetunion davon, deren Kriegsausgaben 85 Mrd. Dollars betragen, wie von Krael amtlich mitgeteilt wurde. (m/B65/191/2/ho)

Hinter polnischem Stacheldraht

Wir veröffentlichen nachstehend einen Auszug aus einem Brief, den ein Geflüchtling an uns geschrieben hat. Der Name des Absenders ist unbekannt, aus begrifflichen Gründen müssen wir ihn verschweigen. Einleitend wird in dem Brief gesagt, dass Frau und jüngste Tochter des Absenders in einem polnischen Lager bei Bromberg gefangen gehalten werden. Dann heisst es in dem Brief wörtlich unter anderem:

Ich habe seit 1945 versucht, mit meiner Frau und Tochter in schriftlichen Verkehr zu kommen, doch war es zwecklos, da meine Briefe nicht vom Lagerkommandanten abgegeben wurden, ebenfalls wurden die Briefe meiner Frau unterschlagen. Von einem Freund, der in der Nähe des Lagers wohnt, habe ich noch mehr erfahren, u.a. folgendes: Meine Frau und Tochter sind mit noch mehr als tausend Leidensgenossen auf einem grossen polnischen Gut hinter Stacheldraht und scharfer Bewachung untergebracht. Die Zustände sind in dem Lager grauenerregend. Nichts mehr auf dem Leibe, müssen sie Sommer und Winter bei Regen und Schnee täglich schwer arbeiten. Das Essen ist sehr schlecht, einmal täglich eine Suppe und 250 gr. Brot, Ferner werden sie fast täglich von den polnischen Posten misshandelt. Meine Frau hat 70 kg gewogen und wiegt jetzt noch 95 Pfund. Das Lager, wo sich meine Frau und Tochter befinden, heisst Samsieczno poczta Mroza, Powiat Bydgoszcz (polnische Schreibweise). Bemerken möchte ich noch, dass ich sowie auch meine Frau niemals Mitglieder der NSDAP gewesen sind, im Gegenteil sind wir von dieser Partei geschädigt, rassenpolitisch und religiös verfolgt worden."

Verantwortlich: Peter Baunau